



Landtag NRW Inge Howe MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Heinz-Peter Wolff
Düsseldorfer Str. 40 a
50129 Bergheim/Rheidt

Auskunft erteilt: Frau Heßhaus
Telefon: (0211) 884 - 2031
Fax: (0211) 884 - 3004
E-Mail: petitionsausschuss
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen: I.3/14-P-2009-21031-00

Düsseldorf, 05.08.2009

Energiewirtschaft

Ihre Eingabe vom 31.07.2009, eingegangen am 03.08.2009

Sehr geehrter Herr Wolff,

der Petitionsausschuss wird Ihr Vorbringen im Rahmen seiner Möglichkeiten und Befugnisse sorgfältig prüfen.

Die Bearbeitung Ihrer Petition erfordert in der Regel das Einholen von Stellungnahmen der betroffenen Verwaltungen und die Einsichtnahme in Akten und sonstige Verwaltungsvorgänge, die dem Datenschutz unterliegen. Dabei wird notwendigerweise auch Ihre Eingabe diesen Stellen zugeleitet. Der Prüfungszeitraum kann sich daher gegebenenfalls auf mehrere Monate erstrecken, bis Ihr Anliegen vom Petitionsausschuss beraten, das Beratungsergebnis in einem Beschluss zusammengefasst und Ihnen übersandt wird.

Falls Sie weitere Vorgänge zu Ihrer Petition nachreichen, erhalten Sie für diese keine erneuten Eingangsbestätigungen. Ich bitte um Verständnis, dass die Prüfung Ihrer Nachträge gegebenenfalls zu einer Verlängerung der Bearbeitungsdauer führen kann.

Vorsorglich weise ich Sie darauf hin, dass Rechtsmittel und Rechtsbehelfe (z.B. Klagen, Einspruch, Widerspruch) durch das Einreichen einer Petition nicht ersetzt werden. Sie müssen daher selbst entscheiden, ob Sie von möglichen Rechtsmitteln oder Rechtsbehelfen Gebrauch machen wollen.

Sollte sich Ihre Anschrift ändern oder sollte sich Ihr Anliegen inzwischen erledigen, wäre ich Ihnen für eine kurze Mitteilung dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

(Howe)

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen

Absender:

Heinz Peter Wolff
Düsseldorfer-Strasse 40a
50129 Bergheim / Rheidt

Tel.: 02183-5378
Email: h.p.wolff.rheidt@t-online.de

Hans-Joachim Gille
An den Wiesen 21
50129 Bergheim / Rheidt

Tel./Fax: 02183-7231
Email: h.gille@t-online.de

Infos im Internet unter: www.bi-bigben.de

An den
Landtag Nordrhein-Westfalen
Petitionsausschuss
Postfach 101143
D-40002 Düsseldorf

Bergheim / Rheidt den 31.Juli.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Mitglieder der "Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung in Niederaußem" - Big BEN e.V., die sich seit 2002 gegen den Bau weiterer BoA-Kraftwerke (Braunkohlekraftwerke) des Energieunternehmens RWE Power am Standort Niederaußem wehrt.

Im Auftrag aller Mitglieder und stellvertretend für den größten Teil der hiesigen Bevölkerung machen wir folgende Eingabe:

Der NRW Landtag möge durch wirksame und konkrete Maßnahmen dafür eintreten, dass:

- Die zwischen RWE Power (ehemals RWE / Rheinbraun) und der NRW Landesregierung getroffenen Vereinbarungen zum s.g. Kraftwerkserneuerungsprogramm detailliert auf Einhaltung geprüft werden.
- Umgehend eine Institution / Kontrollinstanz zur Überwachung des Kraftwerkserneuerungsprogramms geschaffen wird – und zwar für die gesamte Laufzeit, d.h. bis zum Abschluß der Umsetzung durch RWE Power.
- Die Genehmigung für den Braunkohlentagebau Garzweiler II – und somit die Braunkohleförderung aus diesem Tagebau - bis zur Klärung ausgesetzt wird.
- Bis zur Erfüllung aller Verpflichtungen seitens RWE Power keine weiteren Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Braunkohlenrevier mehr zu genehmigen sind.

Begründung:

- In Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskanzlei Lenz und Johlen (Köln) führte Big BEN im Jahre 2008 in Form einer "Gutachterliche Stellungnahme" (1) den Nachweis, dass RWE Power das Kraftwerkserneuerungsprogramm in zahlreichen Punkten nicht erfüllt hat, bzw. die darin getroffenen Vereinbarungen verletzt und einseitig zu seinem Nutzen auslegt hat, d.h.:
In der zwischen RWE und der NRW-Landesregierung unter dem 20./21.10.1994 getroffenen Vereinbarung zum "Kraftwerkserneuerungsprogramm", für die Landesregierung NRW unterzeichnet von den damaligen Ministern Günther Einert und Klaus Matthiessen, sind die Ergebnisse der Verhandlungen zur Erfüllung der in den Leitentscheidungen und in der Regierungserklärung der Landesregierung vom 24.09.1991 sowie der in der Entschließung des Landtages NRW vom 24.09.1991 zum Bauvorhaben Garzweiler II erhobenen Forderungen in Form konkreter Zusagen und Voraussetzungen zusammengefasst worden. RWE hat sich verbindlich zur Durchführung eines acht Punkte umfassenden Auflagen- und

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen

Leistungskataloges im Gegenzug zu der in Aussicht gestellten Genehmigung des Tagebauvorhabens Garzweiler II **verpflichtet**. Diese Genehmigung ist in 1998 endgültig erteilt worden, so dass RWE spätestens seit diesem Zeitpunkt seine Verpflichtungen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm erfüllen muss. Das ist jedoch in wesentlichen Punkten unterblieben.

- Darüber hinaus haben offensichtlich die in den Entscheidungsprozeß eingebundenen und letztlich auch Verantwortlichen in Politik und Verwaltung versäumt, die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm zu überwachen und einzufordern. Oder schlimmer noch: "Es hat weder in der Verwaltung noch innerhalb der Landespolitik jemals ein entsprechendes Kontrollorgan gegeben."
- Im Gegenzug für die im Kraftwerkserneuerungsprogramm von RWE zu erbringenden Leistungen wurde dem Unternehmen die Abbaugenehmigung des Tagebauvorhabens Garzweiler II erteilt. Im Braunkohlenplan zu Garzweiler II heißt es ausdrücklich:

"Eine Überprüfung der Genehmigung des Braunkohlenplanes Garzweiler II wäre notwendig, wenn die Verwirklichung von Teilen der Vereinbarung zwischen der RWE Energie AG und Rheinbraun AG mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vom 20. Oktober 1994 gefährdet würde."

Diese Notwendigkeit sehen wir – und das sind längst nicht nur die Mitglieder der Bürgerinitiative – als gegeben an!

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Arbeit der Bürgerinitiative Big BEN sich nicht grundsätzlich gegen die Verstromung der Braunkohle richtet. Unser Ziel ist das die zwischen RWE und der damaligen Landesregierung getroffenen und für beide Seiten verbindlichen Vereinbarungen (Vertrag) im Sinne aller Vertragspartner, insbesondere der davon im höchsten Maße betroffenen Bevölkerung, umgesetzt werden. Verträge zwischen Wirtschaftsunternehmen und Politik dürfen von diesen Unternehmen nicht in unverbindlichen Absichtserklärungen gewandelt werden – dann werden sie zur Farce.

(1) Das Gutachten kann auf der homepage von Big BEN herunter geladen werden:
www.bi-bigben.de oder www.schatten-neindanke.de

Unterzeichnet:

Hans Joachim Gille

stellvertr. Vorsitzender

Heinz Peter Wolff

Schritfführer

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen

Erklärung:

Wir sind der Auffassung, dass insbesondere die betroffenen Bürgerinnen und Bürger von den politischen Vertretern erwarten dürfen, dass diese ihre Besorgnisse zu den aktuellen und drängenden Fragen Klimaschutz und CO₂-Reduzierung ernst nehmen und hier klar Stellung beziehen. Die nachstehend zusammenfassend dargelegten Fakten bitten wir zur Kenntnis zunehmen und die sich daraus ergebenden Fragen klar und eindeutig zu beantworten - und die sich letztlich daraus ergebenden Maßnahmen zu veranlassen.

Fakten Zusammenfassung:

Wie wir Gesprächen und Schreiben aus der Politik entnehmen, entziehen sich Entscheidungsträger der Verantwortung in dem sie sich "als nicht zuständig" erklären. Sie verweisen auf den seit 2005 geltenden Emissionshandel als "Allheilmittel" gegen die Machenschaften der großen Energiekonzerne. Wir als Big BEN sehen das differenzierter, deshalb einige Anmerkungen zu diesem komplexen Thema:

Einige Anmerkungen zum Emissionshandel:

Erste Handelsperiode von 2005 bis 2007 (vollständige kostenlose Zuteilung)

- In der ersten Handelsperiode wurden die Zertifikate kostenlos zugeteilt, jedoch von den Energiekonzernen in den Endverbraucherpreis eingepreist.
- Ein Verdacht, dass die Zertifikatenpreise bewusst hochgetrieben wurden, berichteten verschiedene Medien.
- Folge: Der kleine Verbraucher zahlte für Geschenke der Regierung an RWE zusätzlich mit höheren Preisen.
- Am Ende der 1. Handelsperiode zeigte sich, dass die Unternehmen mehr Zertifikate erhalten hatten, als sie brauchten. Die Zertifikatenpreise sanken auf einen Tiefstand von 0,11 €/t CO₂.
- RWE hat die alten Kraftwerksblöcke weiter laufen lassen, viel Geld verdient, durch Verbrennung von mehr heimische Braunkohle auch mehr CO₂ Emissionen erzeugt, obwohl im Kraftwerkserneuerungsprogramm (siehe PKT. 5) konstante Stromproduktion festgeschrieben ist.

Zweite Handelsperiode 2008 bis 2012 (überwiegend kostenlose Zuteilung)

- In der laufenden Handelsperiode erhalten die Energiekonzerne weiterhin Zertifikate zum großen Teil kostenlos, und natürlich in den Endverbraucherpreis eingepreist.
- Folge: Der kleine Verbraucher zahlt weiterhin für Geschenke der Regierung an RWE zusätzlich höhere Preise.
- Ende 2008 lagen die Schätzungen zwischen 3 bis 5 Milliarden Euro jährlich, die die Stromkonzerne eingestrichen haben.

Dritte Handelsperiode ab 2013

- Weiterhin kostenlose Ausstattung in der Industrie.
- Leistungslose Zusatzgewinne werden ab 2013 nicht mehr bei den Energiekonzernen belassen!
- Folge: Der kleine Verbraucher zahlt weiterhin die zusätzlich höheren Preise.
- Die Erlöse aus dem Emissionshandel sollen überwiegend für Investitionen genutzt werden, die bei den Menschen in Deutschland ankommen und unserer Volkswirtschaft nutzen.
(Was auch immer diese Aussage der Regierung bedeuten mag?!?!)

RWE Power hat den Weiterbetrieb von Altblöcken in Frimmersdorf bis 2012 mit dem Emissionshandel in der zweiten Handelsperiode begründet (kostenlose Zuteilung !). Deren Abschaltungen wurden bereits 2004 im Schreiben an den Regionalrat Köln zugesagt.

Im Sinne des Kraftwerkserneuerungsprogramms (1994) wären diese Abschaltungen nach BoA 1 konsequent gewesen. RWE hat sich nicht nur nicht an seine Verpflichtungen gehalten, sondern den Emissionshandel als Begründung angeführt. Das ist unredlich und unverschämt gegenüber der Politik, der Bevölkerung und dem Land NRW.

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen

Nachstehend nochmals eine Darstellung der Fakten aus den Kraftwerkserneuerungsprogramm vom Oktober 1994 und den Fakten von heute (April 2009):

Tagebauvorhaben GARZWEILER II

Kraftwerkserneuerungsprogramm vom Okt. 1994

Verpflichtungen von RWE-Energie AG und Rheinbraun (heute RWE Power) gegenüber den Ministerien des Landes NRW

- für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
- für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Die Verpflichtungen von RWE Power gegenüber der Landesregierung sind im Wesentlichen in den 8 (acht) Punkten zur Erfüllung der in der Leitentscheidungen und der Regierungserklärung der Landesregierung vom 21.09.1991 sowie der in der Entschließung des Landtags von NRW vom 24.09.1991 zum Tagebauvorhaben GARZWEILER II erhobenen Forderungen zusammengefasst.

Stand dieser Vereinbarungen im April 2009 !

- Pkt. 1)** RWE Power verpflichtet sich, Zug um Zug die vorhandenen Braunkohlekraftwerksblöcke durch Anlagen mit jeweils bester zur Verfügung stehender Technologie zu ersetzen.
- *Bisher **noch nicht** erfolgt. BoA 1 erst ab2003 in Niederaußem, dafür **keine** Abschaltung von Altanlagen.*
- Pkt. 2)** RWE Power verpflichtet sich, ab 1999 mit der ersten BoA-Anlage in Frimmersdorf in Betrieb zu gehen.
- *Dieser Verpflichtung ist gänzlich unterblieben.*
- Pkt. 3)** RWE Power verpflichtet sich, die KoBra-Technologie weiter zu entwickeln (Umfang 1994 ca. 50 Mio. DM).
- *Die KoBra-Technologie wurde schon 1994 aufgegeben, es wird ausschließlich BoA-Technik realisiert (Schriftverkehr Ing. Büros, Wirtschafts- und Umweltministerium NRW).*
- Pkt. 4)** RWE Power verpflichtet sich, die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Wirkungsgradsteigerung bei vorhandenen 21 Kraftwerksblöcken (Retrofit) bis 1997 abzuschließen.
- *Maßnahmen wurden teilweise durchgeführt (nicht veröffentlicht), jedoch bis 1997 nicht abgeschlossen. Selbst in 2008 wurden Ertüchtigungsmaßnahmen an 600 MW-Blöcken am Standort Niederaußem bei der Bez. Reg. Köln beantragt.*
- Pkt.5)** RWE verpflichtet sich, die spez. CO₂ Emissionen (Kg CO₂ je erzeugter kWh) aus der (gesamten) Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2030 um ca. 27 % zu reduzieren. Ausgehend bei ab 1997 **konstanter Stromerzeugung** aus Braunkohle bezogen auf 1991.
- *Bisher wurde (auch nach BoA 1, plus 1.050 MW) keine Altanlage abgeschaltet, bezogen auf 1997 wurde der Kohleeinsatz und damit die CO₂ Emissionen allein in Niederaußem von rd. 23,3 Mio. t/a(1996) auf 31,2 Mio. t/a in 2007 gesteigert! (d.h. eine Steigerung um rd. 35 %). Gem. Anlage 2 hat sich RWE Power verpflichtet, die CO₂ Emissionen Ende 2008 um insgesamt 15% zu reduzieren. (siehe Anlage).*
- Pkt. 6)** RWE Power verpflichtet sich, eine Wärmetransportleitung vom KW-Weisweiler nach Aachen (Fernwärme) ohne öffentliche Mittel zu bauen. Außerdem sollte RWE in verstärktem Umfang Fernwärme aus seinen Braunkohlekraftwerken bereitstellen.
- *Politischer Wille dieser Vereinbarung war, die Kohle effektiver zu nutzen. Umgesetzt wurde nur die Wärmetransportleitung vom Kraftwerk Weisweiler nach Aachen. An den 3 weiteren Kraftwerksstandorten Niederaußem, Neurath und Frimmersdorf unterblieben Investitionen in die Fernwärmeversorgungseinrichtungen. Selbst bei den neuen BoA-Kraftwerken (laut RWE die modernsten Braunkohlekraftwerke der Welt) ist keine Fernwärmeauskopplung vorgesehen.*

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen

Pkt. 7) RWE Power verpflichtet sich, ein weiteres Förderprogramm für regenerative Energien und Energiesparmaßnahmen mit einem Volumen von 100 Mio. DM aufzulegen.

- *Es liegen keine öffentlichen Stellungnahmen und/oder Publikationen vor, die ein derartiges Programm beschreiben.*

Pkt. 8) RWE Power verpflichtet sich, im Interesse eines verstärkten Einsatzes der Braunkohle in Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung und in der Veredelung den Braunkohleeinsatz von derzeit jährlich 17 Mio. t auf bis zu 25 Mio. t zu steigern. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Preise für Importenergien mittelfristig steigen werden.

- *KWK ist offensichtlich in keiner nennenswerten Form erfolgt. Inwieweit der Braunkohleeinsatz in der Veredelung gesteigert wurde ist nicht bekannt.*

Bisher hat sich RWE Power zu großen Teilen **nicht** an seine Verpflichtungen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm gehalten.

Mit Vehemenz wird vor allem von RWE Power der Eindruck erweckt, der ab 2005 eingeführte Emissionshandel gefährde das Kraftwerkserneuerungsprogramm im rheinischen Braunkohlerevier. Schwammig wird gedroht, ab 2013 den Bau neuer effizienter Kraftwerke auszusetzen (Dr. Lambertz, Vorstand RWE am 21. 01.2009).

RWE Power hat den Weiterbetrieb von Altblöcken in Frimmersdorf bis 2012 mit dem Emissionshandel in der zweiten Handelsperiode begründet (kostenlose Zuteilung!). Deren Abschaltungen wurden bereits 2004 im Schreiben an den Regionalrat Köln zugesagt.

Im Sinne des Kraftwerkserneuerungsprogramms (1994) wären diese Abschaltungen nach BoA 1 konsequent gewesen. RWE hat sich nicht nur nicht an seine Verpflichtungen gehalten, sondern den Emissionshandel als Begründung angeführt. Das ist unredlich und unverschämt gegenüber der Politik, der Bevölkerung und dem Land NRW.

RWE Power versucht den Eindruck zu erwecken, dass es keine verbindlichen Vereinbarungen (Verpflichtungen!) zum Kraftwerkserneuerungsprogramm gibt.

Es gibt die verbindliche Vereinbarung vom 20. Oktober 1994 zum Kraftwerkserneuerungsprogramm zwischen der Landesregierung NRW und RWE Power. Aus dieser Vereinbarung zwei Passagen, die seitens RWE Power unterzeichnet wurden:

“RWE Energie verpflichtet sich, Zug um Zug die vorhandenen Braunkohlekraftwerksblöcke durch Anlagen mit jeweils bester zur Verfügung stehender Technologie zu ersetzen.“

“Wir bestätigen, dass eine Neuverhandlung der Verpflichtung sowie eine Überprüfung der Genehmigung des Braunkohleplans GARZWEILER II erfolgt, wenn die Planungsgrundlagen der oben genannten Maßnahmen sich in einem Umfang ändern, der eine wettbewerbsfähige Braunkohleverstromung so nachhaltig beeinflusst, dass die Verwirklichung von Teilen der Verpflichtungen gefährdet ist.“

Ebenso versucht RWE Power den Eindruck zu erwecken, die Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms und die Genehmigung GARZWEILER II hätten nichts miteinander zu tun. Dies trifft nicht zu. Wie der nachstehende Auszug der Genehmigung des Braunkohleplans GARZWEILER II zeigt (Seite 19 der Genehmigung Braunkohleplan GARZWEILER II vom 31. März 1995):

“Durch die vereinbarten Maßnahmen werden ökologisch begründete Investitionen mit einem Volumen von über 20 Mrd. DM ausgelöst, die einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze und zur Stabilisierung der Wirtschaftsregion darstellen und zukunftsweisende industrie- und technologiepolitische Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnen. Mit dem verbindlich zugesagten Gesamtprogramm sind die Forderungen der Landesregierung und des Landtags Nordrhein-Westfalen an die Unternehmen erfüllt.“

“Eine Überprüfung der Genehmigung des Braunkohleplanes GARZWEILER II wäre notwendig, wenn die Verwirklichung von Teilen der Vereinbarung zwischen der RWE Energie AG und Rheinbraun AG mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 20. Oktober 1994 gefährdet würde.“

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen

RWE Power - Kraftwerkserneuerungsprogramm / Stadt (Rat) Bergheim

- 1997** 05. März: RWE stellt BoA 1 im Rat vor. Alt für Neu; konstante Stromerzeugung
- *Kernaussage: Alt für Neu, konstante Stromerzeugung langfristig auf heutigem(!) Niveau halten (10. Overheadfolie).*
- 2002** Vorstellung der ‚neuen Pläne‘ BoA 2,3,4, (5), auf verschiedenen Veranstaltungen im Rat der Stadt Bergheim, Regionalrat Köln, Bürgerversammlung in Niederaußem
- *Kernaussage: konstante Kohleeinsatzmenge (!), nur 3 (drei) Blöcke mit 1.000 MW_{elekt.}*
- 2007** 07. Mai Vorstellung der weiteren Entwicklung in Niederaußem im Rat der Stadt Bergheim, Antrag für BoA 4+5 bei der Bez. Regierung Köln.
- *Bei Genehmigung BoA 4+5 - ab 2020 Flächen der alten Kraftwerksblöcke (2x150 MW, 4x 300 MW, 2x 600 MW (!) Flächenoption für Folgenutzung .*
- 2008** 12. Februar Hauptausschuss der Stadt Bergheim: Vorstellung von RWE für Aufrüstung (!) der alten 2 x 600 MW-Blöcke.
- *Neue Nutzungsdauer ca. 20 bis 25 Jahre. Zwischenzeitlich von der Bez. Reg. Köln genehmigt. (Siehe Aussagen vom Mai 2007)*

Wir würden uns freuen, von Ihnen in dieser Sache zuhören.
Selbstverständlich sind wir jederzeit für Rückfragen, Erläuterungen und Gesprächen bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Joachim Gille

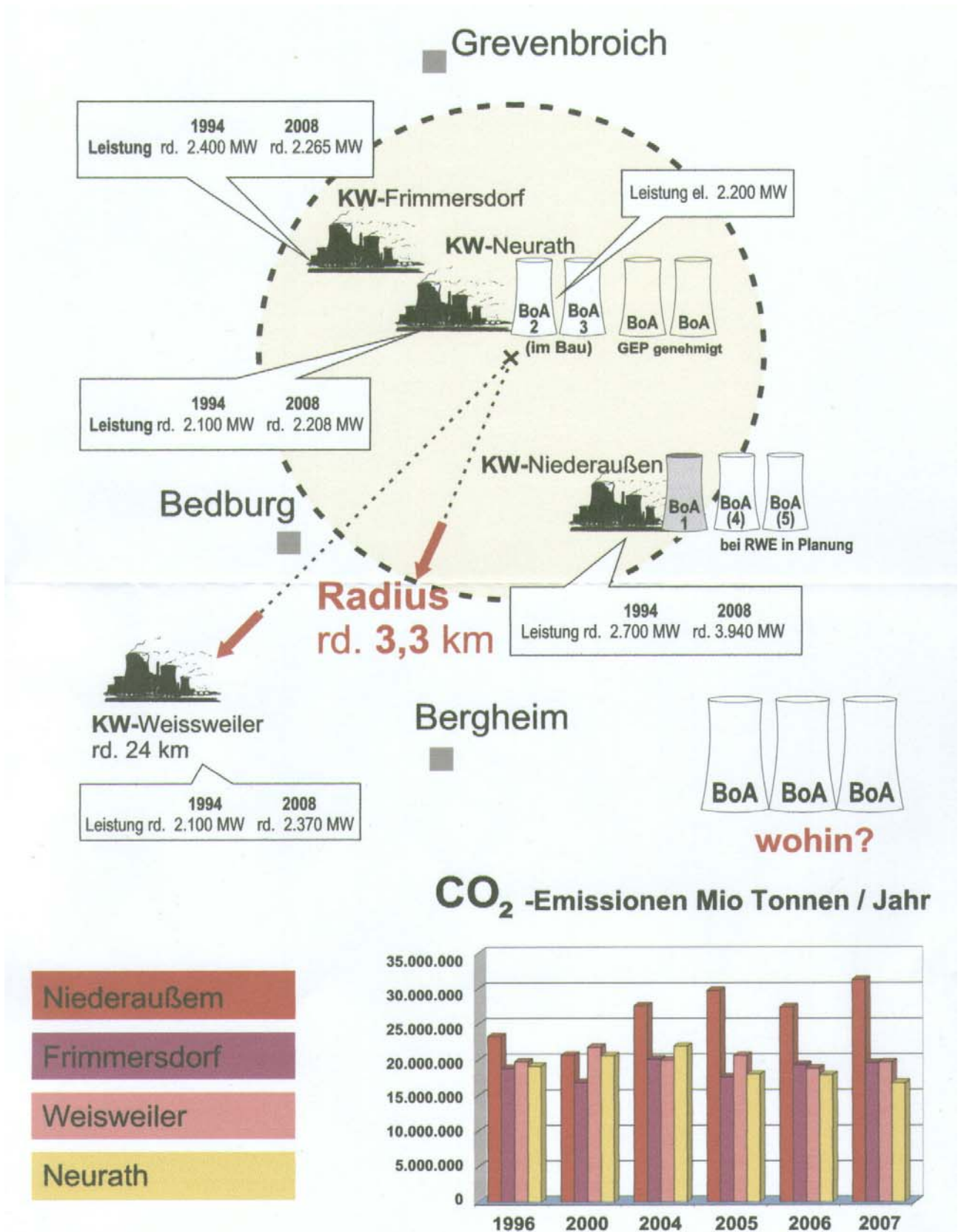
stellvertr. Vorsitzender

Heinz Peter Wolff

Schriftführer

2 Anlagen

Ballung von Braunkohlekraftwerken auf engstem Raum Region ist größte CO₂-Quelle Europas



Kraftwerksleistung / Reserve

**Leistungssteigerungen aller RWE Braunkohle-Kraftwerke
im Rheinischen Revier**

Die Gesamtleistung der Braunkohlekraftwerke Niederaußem, Neurath, Frimmersdorf und Weisweiler betrug zu Beginn der Verhandlungen zum Kraftwerkserneuerungsprogramm 1991 bzw. zur Genehmigung des Tagebaus Garzweiler II in 1994,
bei 33 Kraftwerksblöcken:

1994 9.300 MW el.

2007 10.783 MW el.

Leistungssteigerung 1.433 MW el. = rd. 15,9 % für alle Standorte.

**Leistungssteigerungen RWE Braunkohle-Kraftwerk Niederaußem durch
Retrofit-Maßnahmen + BoA-Block 1 → erheblicher Mehreinsatz
Braunkohle**

Standort Kraftwerk Niederaußem 1994:

- 2 Stck. - 150 MW-Blöcke
- 4 Stck. - 300 MW-Blöcke
- 2 Stck. - 600 MW-Blöcke

Summe 2.700 MW el.

Seit 2002 BoA 1 in Betrieb, Leistungssteigerung um 1.100 MW el.

Seit 2004 Retrofit/ Leistungssteigerung um 140 MW el.

Summe Leistungssteigerung auf 3.940 MW el.

Leistungssteigerung KW Niederaußem

von 1.240 MW el. = rd. 46%

Bei Realisierung von BoA 4+5 (2x 1.100 MW) eine weitere

Steigerung um 2.200 MW el. auf 6.140 MW el. (!)

rd. 127 % bezogen auf 1994

Petition an den Landtag Nordrhein Westfalen



Zusammenstellung Emissionsdaten CO2 KW Niederaußem

Jahr	CO2-Ausstoss in t/Jahr	
1996	23.282.716	gem. Angabe LANUV *
2000	20.645.569	gem. Angabe LANUV *
2004	27.577.730	gem. Angabe LANUV *
2005	29.734.760	gem. Angabe DEHSt **
2006	27.386.683	gem. Angabe DEHSt **
2007	31.252.670	gem. Angabe DEHSt **
2008	zur Zeit noch keine Werte	

* LANUV Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW

** DEHSt Deutsche Emissionshandelsstelle

Big BEN e.V. Februar 2008 / Werte für 2007 ergänzt, am 25.05.2008

Fazit:

Die RWE Unternehmensstrategie zielt nicht auf die Erneuerung der alten Kraftwerke ab - nicht neu für alt - sondern auf die massive Erweiterung der Kraftwerksparks. Und das auf aggressive Art und Weise.